

Hubertus Buchstein

## Verpaßte Chancen einer kritischen Politikwissenschaft?

A.R.L. Gurlands Gastspiel in Berlin 1950 bis 1954

Eine Antwort auf die Frage Rückkehr oder Verbleib im Exil hing von den unterschiedlichsten Faktoren ab – psychologischen, finanziellen oder politischen. Zu letzteren gehörte die Erwartung, inwieweit man dem zerstörten Land mit seiner demoralisierten Bevölkerung eine bessere politische Zukunft zutraute und welche Vorstellung man selbst von einer solchen Zukunft hatte. Auf Deutschlands weiteren politischen Weg Einfluß zu nehmen, war nicht nur das Ziel aus dem Exil zurückkehrender Politiker wie Willy Brandt oder Walter Ulbricht, sondern auch Absicht zurückkehrender Gelehrter, die sich mit der Politik als Wissenschaft befaßten. Auch wenn die bundesdeutsche Nachkriegspolitologie größtenteils eine Initiative der Daheimgebliebenen aus dem Widerstand gegen Hitler war, so gehörten Remigranten wie Ernst Fraenkel, Arnold Bergstraesser, Eric Voegelin, Friedrich A. Hermens, Richard Löwenthal oder Ossip K. Flechtheim bald zu den prägenden Gestalten der Disziplin. Zu den nach Deutschland zurückkehrenden Politikwissenschaftlern gehörte auch Arcadius R.L. Gurland. Trotz des großen Interesses, mit dem die historische und wissenschaftsgeschichtliche Forschung sich seit einiger Zeit dem Exil widmet, findet Gurland bisher nur am Rande – genauer gesagt: an zwei Rändern, nämlich der Politikwissenschaft und der Historiographie zur Frankfurter Schule – Erwähnung. Zu Unrecht, schaut man allein auf seine Anstellungen im Wissenschaftsbetrieb. Während seines Exils war er von 1940 bis 1945 Mitarbeiter an Max Horkheimers Institut für Sozialforschung in New York, später von 1950 bis 1954 Forschungs- und Wissenschaftlicher Leiter am Berliner Institut für politische Wissenschaft und hatte zuletzt von 1962 bis zu seiner Emeritierung den Lehrstuhl II für Wissenschaftliche Politik an der Technischen Hochschule Darmstadt inne.

### I

Arcadius Rudolph Lang Gurland wurde am 1. September 1904 in Moskau geboren.<sup>1</sup> Seine Eltern Isaak und Debora Gurland entstammten einer deutschstämmigen Familie, die in Polen und Litauen lebte. Gurlands Vater arbeitete als Ingenieur in Moskau und Sebastopol. 1920 verließ die Familie die revolutionäre Sowjetunion und siedelte nach Berlin über. Gurland

besuchte hier bis zum Abitur die Wilmersdorfer Goethe-Schule. Prägende politische Erlebnisse waren die Versammlungen nach Ausbruch der russischen Revolution, auf denen er als Moskauer Gymnasiast unter anderem Lenin und Trotzki hörte. In seiner Berliner Schülerzeit sympathisierte er mit den Menschewiki und übersetzte einige ihrer Broschüren ins Deutsche. Organisiert war das ›Kind aus gutem Hause‹ in der Sozialistischen Proletariatsjugend.

Ende 1922 begann Gurland sein Studium an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität. Offiziell Student der Mathematik und der Physikalischen Chemie nutzte er das Studium hauptsächlich zur akademischen Fundierung seiner sozialistischen Anschauungen und belegte Kurse bei Gustav Mayer, Arthur Rosenberg und Heinrich Cunow. Er setzte sein Studium 1924 in Leipzig mit den Fächern Nationalökonomie, Philosophie und Geschichte fort. Schon als Einundzwanzigjähriger propagierte er in seinem ersten Buch 1925 den Marxismus als »Methode des Denkens und Forschens«<sup>2</sup>. Seine Dissertation fertigte er drei Jahre später bei Hans Freyer an – zusammen mit Sigmund Neumann und Ernst Mannheim gehört Gurland zu den akademisch erfolgreichsten Schülern Freyers aus den zwanziger Jahren.<sup>3</sup> Auch wenn Gurland politisch andere Positionen als sein Doktorvater vertrat, konnte er doch in einem Punkt problemlos an Freyer anschließen: an dessen dialektisch begründetem Verständnis von Soziologie als einer empirischen Wirklichkeitswissenschaft. Thema von Gurlands Doktorarbeit war der Diktaturbegriff in der materialistischen Geschichtsauffassung. In dieser hauptsächlich philologischen Arbeit suchte er zwischen einem ›bürgerlichen‹ und einem ›sozialistischen‹ Verständnis von Diktatur zu unterscheiden und dabei die parlamentarische Demokratie Weimars als bürgerliche Diktatur zu ›entlarven‹.<sup>4</sup> Als wohl spannendste Teile der Arbeit lesen sich die wissenschaftstheoretischen Passagen, in denen Gurland eine Art Synthese aus Max Adlers schlichtem Empirismus und Georg Lukács' subtiler Theorie des Klassenstandpunktes als Garanten ›richtiger‹ Erkenntnis unternimmt.<sup>5</sup>

Gurlands politische Karriere war streng genommen nur eine journalistische, denn höhere Parteiämter hatte er nie inne. 1924 begann er als Volontär für wirtschaftspolitische Fragen bei der sozialdemokratischen *Leipziger Volkszeitung* und 1925 versuchte er sich kurzzeitig als Chefredakteur einer Freidenkerzeitung. In den folgenden Jahren schrieb er für fast die gesamte sozialistische Presse, etwa die *Außenpolitische Wochenschau*, den *Kulturwilen*, die *Jungsozialistischen Blätter* oder Paul Levis einflußreiche *Sozialistische Politik und Wirtschaft* und ab 1932 als Chefredakteur in der *Marxistischen Tribüne*. Der scharfzüngige Levi war in jenen Jahren geradezu das politische Idol Gurlands. Von 1924 bis 1928 lehrte Gurland am Leipziger Arbeiterbildungsinstitut und anschließend bis zum Zusammenbruch Weimars an der Berliner Arbeiterbildungsschule. Er gehörte mit seinen Positionen zum linken Parteiflügel und wollte die SPD in Richtung einer revolutionären Kampfpartei beeinflussen. In den Jahren sozialdemokratischer Regierungs-

beteiligung nach 1928 war er einer der lautstärksten Kritiker der Koalitions-politik mit den bürgerlichen Parteien. Er änderte seinen Kurs zwar Anfang der dreißiger Jahre, aber auch nur aus einem taktischen Motiv. Die SPD solle mit dem Zentrum koalieren, so sein Vorschlag, weil sie damit deren Parteiführung besser vor der katholischen Arbeiterschaft vorführen könne und dadurch die politische Mehrheit für den Sozialismus gewinnen werde. Gurland sah den Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung historisch bedingt und glaubte ihn, wie er in seiner bekanntesten Weimarer Schrift, *Das Heute der Proletarischen Aktion*<sup>6</sup>, ausführte, mittels kulturrevolutionärer Agitation, die an die Alltagserfahrungen der Arbeiter anknüpft, überwinden zu können. Interessanter aus heutiger Sicht ist die in der gleichen Schrift vorgestellte Faschismustheorie, die am Beispiel Italiens entwickelt wird. Für Gurland war der Faschismus zu diesem Zeitpunkt nicht das Produkt des Kapitalismus auf neuer Stufe, sondern Ausdruck ökonomischer und sozialer Rückständigkeit. Die faschistische Ideologie sickere erst dann in die Arbeiterklasse ein, wenn es zu krisenbedingter Entindustrialisierung im größeren Ausmaß komme, ein Vorgang, den er »Industrierversumpfung« nennt. Gurland veranschlagte den ideologischen Faktor sowohl für den sozialistischen wie den faschistischen Weg also von Anfang an recht hoch, eine Perspektive, die ihm nach 1945 bei allem Insistieren auf Marxschen Kategorien für den Bereich der Ökonomie eine für Marxisten größtmögliche Unbefangenheit gegenüber politologischen Fragestellungen erlaubte.

Nach dem Reichstagsbrand glaubte Gurland zuerst an ein rasches Ende der neuen Regierung Hitler. Von Freunden gedrängt, entschloß er sich Mitte März 1933 aber doch zur Flucht ins Ausland; gerade noch rechtzeitig, denn Anfang April wurde ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. Seine erste Station war Belgien, von wo er im Sommer 1933 nach Paris, der Hauptstadt der damaligen deutschen Emigration, weiterreiste. Er hielt weiterhin konspirative Kontakte zu seinen Freunden in Deutschland und wurde von ihnen teilweise auch mit Geld versorgt. Weitere Einkünfte verschaffte er sich als Verkaufsleiter und Bilanzbuchhalter im Zeitungsvertrieb, durch Übersetzungsarbeiten und als Mitarbeiter der wöchentlich erscheinenden *Documentation de Statistique Sociale et Economique*. Auch im französischen Exil blieb Gurlands Haupttätigkeit der politische Journalismus. Er geißelte die sozialdemokratische Politik der Weimarer Jahre als »entsetzlichste Kapitulation, die die Geschichte der Klassenkämpfe (...) je gekannt hat«<sup>7</sup>. Von 1937 an leitete er die laufende Berichterstattung über die ökonomische Entwicklung Deutschlands in Max Sievers *Freies Deutschland*. Bis zur Einstellung dieser in Belgien herausgegebenen Wochenzeitung im Sommer 1939 verfaßte er mehr als 400 Artikel zu hauptsächlich wirtschaftspolitischen Fragen. Das große Thema seiner Artikel und theoretischen Überlegungen war die Frage nach den Ursachen der kampflosen Niederlage der Arbeiterbewegung in Deutschland. In jahrelanger Kleinarbeit trug er – soweit es ihm die Broterwerbsarbeit erlaubte – das Material für eine wissenschaftliche Antwort auf diese Frage zusammen, die er in »einer umfassenden Unter-

suchung zur Soziologie, Ideengeschichte und Ideologiekritik der modernen (vornehmlich deutschen) sozialistischen Arbeiterbewegung« geben wollte.<sup>8</sup> In fünf Teilen sollte die Analyse zum einen die sozialistische Theorie und Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts zusammenfassen und die ideologische Situation des Sozialismus nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland darlegen. Spannendster Teil seines Vorhabens war eine Analyse des »neuen Kapitalismus« unter staatsinterventionistischen Bedingungen und der Wirtschaftsordnung des Nationalsozialismus. Gurland schnitt hier mit der Fragestellung »Staatskapitalismus« oder »Monopolkapitalismus« bereits die Probleme an, die er einige Jahre später in New York an Max Horkheimers Institut für Sozialforschung diskutierte, und in der Gliederung seiner Arbeit finden sich Parallelen zur späteren Faschismusanalyse aus Franz L. Neumanns *Behemoth*. Allerdings fand Gurland für sein Vorhaben keine Finanziere und mußte sich weiterhin primär als Journalist verdingen. Im September 1939 fungierte er kurzzeitig zusammen mit Friedrich Torberg als Herausgeber des Exilblattes *Pariser Tageszeitung*.<sup>9</sup> Nach dem Einmarsch der Deutschen in Frankreich setzte er seine Flucht in die USA fort. Seiner Schwester und seiner Mutter gelang ebenfalls noch die Ausreise nach England. Sein Vater wurde 1938 nach Polen deportiert und 1941 im Ghetto von Wilna ermordet.

Auch in den USA blieb Gurland ein Exilant, dessen Blick geradezu starr auf Deutschland gerichtet war. Zusammen mit Max Sievers suchte er erfolglos, das *Freie Deutschland* zu reaktivieren.<sup>10</sup> Doch dann fand er endlich die langersehnte Stellung im Wissenschaftsbetrieb, als ihn Max Horkheimer 1940 zum Forschungsassistenten machte. Die Verbindung kam über Friedrich Pollock zustande, den Gurland noch von Deutschland her kannte, und über Joseph Maier, ehemals mit Gurland Doktorand bei Freyer und nun ebenfalls Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung (IfS). Dort am Institut befaßte sich Gurland mit zwei Arbeitsbereichen: der ökonomischen Faschismusanalyse und der Antisemitismusforschung. Auf ökonomischem Gebiet arbeitete er eng mit Franz L. Neumann und Otto Kirchheimer zusammen. Alle drei waren nämlich gezielt angestellt worden, um das politikökonomische Defizit der bisherigen Instituts-Arbeiten abzubauen. Doch anstatt sich, wie erwartet wurde, an Pollocks und Horkheimers Staatskapitalismustheorie zu orientieren, begannen die drei eine Kontroverse um die von der Kernmannschaft des IfS neu vorgenommene politiktheoretische Verortung des Nationalsozialismus.<sup>11</sup> Gurland war in dieser Debatte von Anfang an und im Gegensatz zu seinen früheren Ansichten Anhänger der Kontinuitätsthese, derzufolge der Faschismus die dem hochmonopolistischen Kapitalismus adäquate politische Organisationsform sei. In seiner heute bekanntesten Arbeit aus den Exiljahren, einem Aufsatz in der vom IfS herausgegebenen *Zeitschrift für Sozialforschung*, suchte er eine dreistufige Korrelation von Technologiepolitik und Politischem System nachzuweisen: der Dampfmaschine habe als politische Form der liberalen Kapitalismus entsprochen, der Elektrizität die bürgerliche Massendemokratie, und die neue chemische

Industrie benötige für ihre Entfaltung unter kapitalistischen Bedingungen den faschistischen Staat.<sup>12</sup> Die Zusammenarbeit mit Neumann und Kirchheimer war zeitweise recht eng. Mit beiden gemeinsam publizierte er 1943 eine Studie über das Kleingewerbe in Hitler-Deutschland<sup>13</sup> und zu Neumanns voluminöser Nationalsozialismus-Studie *Behemoth* steuerte er seine teilweise noch in der französischen Emigration verfaßten ökonomischen Analysen bei.<sup>14</sup>

Zu seinem zweiten Arbeitsgebiet, der Antisemitismusforschung<sup>15</sup>, kam Gurland durch das American Jewish Committee (AJC). Diese größte und älteste unter den großen jüdischen Defense Agencies finanzierte ab Frühjahr 1943 eine Antisemitismusstudie des IfS, an der Gurland zusammen mit Paul Massing den Teil über die ökonomischen und sozialen Ursachen des Antisemitismus erstellte. Ein Jahr später konnte er über die Vermittlung eines Freundes im American Labor Committee die finanzielle Unterstützung auch noch für ein zweites Antisemitismus-Projekt gewinnen, das sich speziell mit dem Thema »labor and anti-semitism« befaßte.

Mitte der vierziger Jahre begann der Kreis um Horkheimer enger zusammenzurücken und sich von den meisten IfS-Mitarbeitern zu trennen. Im Gegensatz zu seinen Institutskollegen Marcuse, Kirchheimer und Neumann<sup>16</sup> gelang es Gurland nur kurzfristig, eine Anstellung beim Office of Strategic Services zu bekommen. Sein Hauptarbeitgeber auch nach dem Krieg blieb daher das AJC, für das er als Freelance Researcher Studien zum Thema Antisemitismus in Deutschland und der Sowjetunion anfertigte.

## II

Seinen ersten Rückkehrversuch nach dem Krieg startete Gurland 1947. Für das amerikanische Department of Labor bereiste er als Visiting Expert Consultant im Frühjahr die britische und amerikanische Besatzungszone, um die deutsche Gewerkschaftsentwicklung zu beobachten.<sup>17</sup> Nach der Rückkehr in die USA im August 1947 entschloß er sich, sobald wie möglich nach Deutschland überzusiedeln. Er hatte vor, sich im Ruhrgebiet oder im Raum Hannover um den Wiederaufbau des Arbeiterbildungswesens zu kümmern. Aufgrund der kommunistischen Denunziation, er hätte mit Nationalsozialisten kollaboriert, erhielt er bei den Besatzungsbehörden jedoch kein neues Einreisevisum nach Deutschland. So setzte er seine Tätigkeit für das AJC fort und hielt sich mit Forschungsaufträgen für die Library of Congress und das Department of Labor über Wasser.

Erst drei Jahre später sollten seine Rückkehrbemühungen erfolgreich sein. Im November 1948 hatte in den Westsektoren Berlins die Freie Universität als Antwort auf die politischen Repressalien an der im Ostsektor gelegenen Universität ihre Pforten geöffnet, und Gurland hatte sich schon während der Vorbereitungsphase bemüht, dort einen Lehrauftrag zu bekommen. Als er neben Paul Tillich und Ludwig Teleky als Expert Consultant für die FU vorgeschlagen wurde<sup>18</sup>, war er davon so begeistert, daß er sich bei den

Berliner Militär-Behörden gleich nach einer unbefristeten Stellung an der FU erkundigte. Seine Hoffnung war, einen Lehrstuhl an der neu zu schaffenden integrierten Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu erhalten.<sup>19</sup> Der Fakultätsrat votierte jedoch gegen Gurlands Antrag, da sein Fach »in der Hauptsache Politische Soziologie« sei.<sup>20</sup> So schien es, als sollten sich die FU-Pläne zerschlagen. Die überraschende Wende kam dann 1950, als ihm sein ehemaliger IfS-Kollege Franz L. Neumann ein Angebot für Berlin machte, das alle finanziellen Sorgen mit einem Schlag beseitigen würde: Gurland sollte die Leitung eines neu zu gründenden politikwissenschaftlichen Forschungsinstituts in den Westsektoren Berlins übernehmen, das den Namen Institut für politische Wissenschaft (IfpW) tragen sollte.

Und Neumanns Wort galt etwas. Im Unterschied zu Gurland war es ihm nämlich im amerikanischen Exil gelungen, eine erfolgreiche akademische Karriere zu beginnen. 1948 war er Visiting Professor und 1950 Full Professor für »Public and Government« an der New Yorker Columbia Universität geworden. Für amerikanische Stellen war er gleichzeitig in dreifacher Funktion für deutsche Belange zuständig: in Columbia als Beauftragter für die Partnerschaft zur FU Berlin, für das State Department als Visiting Consultant in Fragen der Hochschulreform sowie für die Ford Foundation als Mittelsmann in finanziellen Angelegenheiten.<sup>21</sup> Das neu zu gründende IfpW hatte für ihn höchste Priorität<sup>22</sup>, denn unzufrieden damit, daß die Reformuniversität FU nicht auch ihren Fächerkanon reformierte und nach amerikanischem Vorbild eine politikwissenschaftliche Fakultät errichtete, suchte er nach anderen Möglichkeiten, dort die Politikwissenschaft zu verankern.

Die Schwierigkeit bestand jedoch darin, daß in Berlin noch vor der überstürzten FU-Gründung die Vorbereitungen für die Wiedergründung der traditionsreichen Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) angelaufen waren und sich die Mehrheit der DHfP-Dozenten aus den unterschiedlichsten Gründen gegen eine Eingliederung in die FU ausgesprochen hatten. Neumanns Vorstellung war deshalb, daß ein gemeinsam von FU und DHfP zu tragendes Forschungsinstitut eine Brückenfunktion auf dem Wege zu einer FU-Fakultät für Politikwissenschaft übernehmen könnte. In einem Memorandum für das State Department aus dem Sommer 1950 äußerte er konkrete Personalvorstellungen: »Dr. Otto Suhr should become the director (...). Dr. A.R.L. Gurland would be the ideal chief researcher.«<sup>23</sup> Hoherfreut nahm Gurland das Angebot Neumanns an, denn damit war nicht nur das Ende seiner finanziellen Misere abzusehen, sondern er konnte seine eigenen politischen und wissenschaftlichen Pläne endlich einmal eigenständig verfolgen. Zudem hatte er auf Berlin wegen des kämpferischen antikommunistischen Widerstandes während der Blockade große politische Hoffnungen gesetzt: »Ich glaube«, schrieb er 1949 an den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, »daß es seit dem Aufstand der sozialistischen jüdischen Arbeiter im Warschauer Getto nicht eine einzige sozialistische Aktion gegen

die totalitäre Gewaltherrschaft gegeben hat, die sich auch nur entfernt mit dem vergleichen ließe, was die Berliner Arbeiter vollbringen.«<sup>24</sup>

Doch so schnell wie er hoffte, konnte er nicht nach Berlin. Die Visaprobleme zögerten seine Ankunft erneut hinaus. Die weiteren Berliner Personalentscheidungen am IfpW mußten so ohne sein Zutun getroffen werden. Der ursprünglich von Neumann für die Leitung vorgeschlagene Otto Suhr war als Direktor der DHfP und als führender sozialdemokratischer Stadtpolitiker genügend ausgelastet, so daß er Otto Heinrich von der Gablentz für die Position des Institutsleiters vorschlug. Personalpolitisch war das eine Fehlentscheidung. Gurland und von der Gablentz kannten sich bis dahin nur flüchtig. Beide waren zwar engagierte Gegner des Nationalsozialismus gewesen, doch in ihren politischen Anschauungen und im Wissenschaftsverständnis grundverschieden. Von der Gablentz stammte aus einer traditionsreichen preußischen Adelsfamilie und war in den Weimarer Jahren Anhänger des religiösen Sozialismus gewesen. Während des »Dritten Reichs« gehörte er zur Widerstandsgruppe »Kreisaauer Kreis« und war dort zuständig für Fragen der Sozialpolitik. Nach 1945 begann er seine spätere Vielzahl von Publikationen mit der programmatischen Schrift *Über Marx hinaus!*, in der er einen neuen Konservatismus auf christlicher Grundlage proklamierte.<sup>25</sup> Im Juni 1945 gehörte er zu den Mitunterzeichnern des Gründungsaufrufs für die Berliner CDU. Also fast in allem war er das getreue Gegenstück zu dem Atheisten, Emigranten und marxistischen Sozialisten Gurland.

Als Gurland Ende November 1950 endlich in Berlin eintraf, war die Arbeit des IfpW bereits angelaufen; hinsichtlich der Arbeitsorganisation, Themenauswahl und Forschungsmethoden waren wichtige Vorentscheidungen ohne ihn gefallen. Unmittelbar nach seiner Ankunft verfaßte Gurland einen Gegenentwurf zu den Vorstellungen von der Gablentz.<sup>26</sup> Obwohl sich das IfpW schon mit drei Forschungsgebieten festgelegt hatte – Stephanie Münke sollte die Berliner Wahl vom Dezember 1950 untersuchen, Karl-Dietrich Bracher leitete eine Forschungsgruppe zum Thema Zusammenbruch der Weimarer Republik und Ernst Richert war mit einer Arbeit über Propaganda in der DDR beauftragt – forderte Gurland statt dessen eine »laufende Beobachtung« der gesamten politischen Szenerie durch das Institut. In zwölf Forschungsabteilungen sollte das IfpW sämtliche Felder der Politik – von den Verbänden und Parteien, der politischen Ökonomie, der Zeitgeschichte bis zur Außen- und Militärpolitik – forschungspraktisch abdecken. Gleichzeitig kritisierte er von der Gablentz' eigenes Vorhaben, das Thema »Die Lebenskreise des Berliners« zu bearbeiten, da es thematisch und methodisch zu unspezifiziert sei. Ließ sich anfangs in solchen Fragen immerhin eine Einigung zwischen dem Instituts- und dem Forschungsleiter finden, so erwiesen sich ihre wissenschaftskonzeptionellen Differenzen in der Folgezeit als unüberbrückbar. Von der Gablentz sah in Politischer Theorie eine Art Begriffslehre. Der Theoretiker der Politik, so erläuterte er seinen Institutsmitarbeitern anläßlich der Eröffnung des IfpW, müsse seine politischen

Grundbegriffe klären »im Gespräch – wie der Kirchenhistoriker sagt: mit den Vätern und den Brüdern – mit den Klassikern der Wissenschaft und mit den Kollegen im In- und Ausland.«<sup>27</sup> Nicht daß Gurland solche Gespräche grundsätzlich abgelehnt hätte – Geschäftsgrundlage dafür war aus seiner Sicht aber das Vorhandensein harter empirischer Analysedaten.

Am 3. März 1951 wurde Gurland zum Stellvertretenden Leiter des IfpW ernannt. Vehement schaltete er sich sogleich in die laufende Wahlforschung Stephanie Münkes ein, übernahm die Leitung einer großangelegten Parteienstudie, begann ein Projekt über die DDR, kündigte mehrfach eine kurz vor ihrer Fertigstellung stehende Gewerkschaftsstudie an, initiierte eine für sämtliche Veröffentlichungen des IfpW zuständige Redaktionsabteilung, in der er auch selbst mitarbeitete, organisierte den Aufbau der Bibliothek mit, begann eine Überblicksstudie über die amerikanische Politikwissenschaft, lehrte an der DHfP über Methodenfragen, Totalitarismus und Antisemitismus und reiste für das Institut mehrfach in die USA. Trotz der von Anfang an unübersehbaren Differenzen zwischen von der Gablentz und Gurland stimmt der Auftakt der Institutsarbeit den Initiator Neumann optimistisch: Seit Gurlands Ankunft sei »die Sache in ein gutes Fahrwasser gelangt« und »genüge den zu stellenden wissenschaftlichen Anforderungen«<sup>28</sup>. Doch schon im Frühsommer eskalierte der Konflikt zwischen Gurland und von der Gablentz. Von der Gablentz beschwerte sich bei Suhr, daß Gurland seine Vorstellungen permanent torpediere und insgesamt eine ausschließlich negative Haltung ihm gegenüber einnehme. Mit einer neuen Kompetenzabgrenzung zwischen dem Institutsleiter und seinem Stellvertreter hoffte man, den Konflikt beilegen zu können. Eine Lösung brachte das allerdings nicht. Der gereizte von der Gablentz beschwerte sich bei FU-Rektor Redslob, daß Gurland von einer »naiven Überschätzung der westberliner Sozialdemokratie« und einer »geradezu gehässigen Abneigung gegenüber konservativen und religiösen Kräften« sei.<sup>29</sup> Die Auseinandersetzungen zehrten auch an Gurlands Nerven: »Überhaupt ist das Charakteristikum des Berliner Zustandes«, beschrieb er Otto Kirchheimer die Situation des Sommers, »daß man ständig in einem mehr oder minder sinnlosem Betrieb steckt, bei dem nicht viel herauskommt. Man redet, man konferiert, man sitzt – insbesondere letzteres – und zum Lesen oder sonstigen Arbeiten bleibt keine Zeit.«<sup>30</sup>

Der Konflikt blieb natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die praktische Institutsarbeit. Bis auf die Arbeit von Brachers Gruppe waren alle Abteilungen davon betroffen. »Instead working they make intrigues«, beklagte sich der zunehmend irritierte Neumann bei seinem Freund Ernst Fraenkel, »they have not even been able to produce a coherent work program for the institute. If they cannot settle their differences, one or the other of the two gentlemen will have to disappear.«<sup>31</sup> Nur wenige Wochen später legte Gurland mit seinem *Organization and Research Program* die von Neumann geforderte Planung vor. Zur Hauptaufgabe der Institutsarbeit erklärte er die Durchführung empirischer Machtanalysen: »How power materializes, what pur-

poses it serves, and under what circumstances it is bound to disintegrate, were the central questions that imposed themselves.«<sup>32</sup> Von der Gablentz war es schließlich, der als erster von beiden aufgab. Gurland habe das Research Program ohne ihn zu fragen verschickt, beklagte er sich Ende Juli bei Otto Suhr und kündigte für Dezember seinen Rücktritt an. Am 6. Dezember 1951 wurde Gurland daraufhin zum neuen Wissenschaftlichen Leiter des IfpW gewählt. Gurland sah in dieser Entscheidung, wie aus einem Brief an Adorno hervorgeht, einen ›Sieg‹ seiner Vorstellungen über die zukünftige Institutsarbeit: »Es hat hier eine mehrere Monate währende Kabinettskrise gegeben, die erst jetzt zum Abschluß gekommen ist. Ergebnis: von der Gablentz ist ausgeschieden, nachdem sich mein Standpunkt in allen entscheidenden Fragen theoretisch durchgesetzt hatte.«<sup>33</sup>

### III

Die Konzeption von Politikwissenschaft, die Gurland im Gepäck hatte, wollte er nun am IfpW konsequent umgesetzt wissen. Schon mit seiner Ankunft hatte er einen wissenschaftlichen Zweifronten-Krieg begonnen: Zum einen ging es ihm darum, für die Programmatik des neuen Fachs Politikwissenschaft Pflöcke einzuschlagen; zum anderen darum, die aus seiner Sicht politisch dringenden Forschungsvorhaben durchzuführen. Gurland hatte jedoch das Talent, sich dabei in sämtliche Nessel zu setzen. Sein eigentliches Anliegen wurde oft von seinem impulsiven Temperament und chaotischen Arbeitsstil gefährdet.

Ein Beispiel für die Verve, mit der er focht, ist sein Literaturbericht *Political Science in Western Germany*. In einer Art großangelegten Sammelrezension für die Library of Congress besprach er mehr als tausend Bücher von 384 deutschen Autoren, die seit Kriegsende zu politischen Fragen Stellung genommen hatten. Sein Urteil fiel vernichtend aus. Affinitäten mit dem Nationalsozialismus, Pangermanismus und mangelnde Analyse der Nationalsozialistischen Ära lauteten nur einige seiner Vorwürfe.<sup>34</sup> Dem vorliegenden Schrifttum setzte Gurland den Stand der Disziplin Politikwissenschaft in den USA entgegen. Dorthin seien die Traditionen eines »Mohl, Stein, Marx und Gneist« ausgewandert, dort sei die notwendige Modernisierung des Fachs Politikwissenschaft erfolgt. Quasi als Kontrast zu dieser Congress-Studie veröffentlichte er noch im gleichen Jahr eine Übersicht einschlägiger amerikanischer Wahlstudien.<sup>35</sup> In den USA sah er Ansätze realisiert, an denen sich eine kritische deutsche Politikwissenschaft orientieren könne.

Gurlands damalige konzeptionelle Überlegungen sind nur teilweise veröffentlicht worden. Die Konturen seiner Vorstellungen lassen sich deutlicher erkennen, wenn man einige seiner damaligen Manuskripte berücksichtigt. Dort ging es um eine unzweideutige Bestimmung des Verhältnisses zwischen empirischer Forschung und politischer Theorie. Der Politikwissenschaft falle eine ideologiekritische Aufgabe zu, dies indes nicht im hegel-marxistischen

Sinne einer Dechiffrierung ›notwendig falschen Bewußtseins‹, sondern in einem schlicht empiristischen Verständnis. Politikwissenschaft könne sich in dem Maße als eigenständige Disziplin behaupten und ihren Anspruch gegenüber den schon bestehenden Sozialwissenschaften geltend machen, als sie Verfahrensweisen erarbeitet, die das empirische Wissen von politischen Gebilden, Prozessen und Funktionszusammenhängen vermehren und eine präzise Erfassung von Phänomenen erlauben, über die in der bisherigen Theoriebildung »weitgehend nur ideologische Aussagen« gemacht worden seien.<sup>36</sup> An solchem empirischen Datenmaterial mangle es der westdeutschen Politikwissenschaft in gravierendem Maße. Ziel sei wie bei allen anderen Sozialwissenschaften die theoretische Erfassung von Wirklichkeit. Hierbei könne sich die theoretische Arbeit »nicht in der Abgeschlossenheit einer Klausur« vollziehen, sondern »empfängt von der empirischen Forschung die entscheidenden Impulse«<sup>37</sup>. Gurlands Position entsprach etwa der von Robert Merton, einem der Protagonisten der behavioristischen Revolte in der amerikanischen Politikwissenschaft: »political science (...) should first and foremost observe and classify the facts and sift the evidence; at a later stage hypothesis would be formulated, to serve as starting points for theoretical evaluation.«<sup>38</sup> Die empirische Forschung hat in dieser Konstruktion Zuliefer- wie Kontrollfunktion. Gurland schwebte ein breitgefächertes Set von Methoden empirischer Sozialforschung vor, unter anderem klinische und tiefenpsychologische Analysen, Methoden zur exakten Messung politisch relevanter Massenbeeinflussungsmittel (qualitative Semantik), Repräsentativstatistik und teilnehmende Beobachtung. Ihm lag die Einführung dieser in Deutschland teilweise unbekanntem Verfahren so sehr am Herzen, daß er an der DHfP mehrere Lehrveranstaltungen über methodologische Probleme abhielt und auch seine Berliner Kollegen zur Schulung bei sich aufforderte.

Seinem empirieorientierten Programm entsprechend berief sich Gurland immer wieder auf Max Webers Wertfreiheitspostulat. Politikwissenschaft war für ihn allerdings kein wertfreies Geschäft, denn immer ergreife sie quasi automatisch Partei für Freiheit und Demokratie. Weniger mit diesem Bekenntnis zur Demokratie als mit dessen wissenschaftstheoretischer Begründung kann Gurland innerhalb der Disziplin Anfang der fünfziger Jahre eine gewisse Originalität beanspruchen. Er begründete die der Politikwissenschaft immanente Parteinahme für die Demokratie weder in normativ-ontologischer Versicherung letztgültiger Werte noch als geschichtsphilosophisch überhöhtes dialektisches Substrat. Die Politikwissenschaft, so seine These, habe vielmehr ein normatives Zentrum, weil ihr wissenschaftlicher Diskurs selbst essentiell an das Vorhandensein politischer Freiheit gebunden ist. Wissenschaftlicher Fortschritt beruhe auf der Möglichkeit zur Korrektur von Irrtümern. Das sei nur dort gegeben, wo Wissenschaft die Freiheit genießt, sich selbst immer wieder auf die Probe zu stellen. Politikwissenschaft sei wegen ihres wissenschaftlichen Gegenstandes ›Politik‹ eine Art Lackmus-Test für politische Freiheit. Daraus folge, daß

es unter den gegebenen historischen Bedingungen ohne Freiheit der Meinungsäußerung keine Politikwissenschaft geben könne.<sup>39</sup>

Mit der Bindung an Freiheit und Demokratie hat Gurland gleichzeitig die kritische Aufgabe der Politikwissenschaft umrissen. Gegenstand der Politikwissenschaft sei die politische Macht. Aus Sicht der Freiheit sei sie niemals eine Lehre zum vermeintlich richtigen Gebrauch der Macht im Sinne einer »Regierungslehre«, sondern sie diene allein der rücksichtslosen Dechiffrierung von Machtverhältnissen. Im Zentrum des disziplinären Erkenntnisinteresses stehen somit »die gesellschaftlichen Machtgebilde, die als aktive Faktoren die politischen Entscheidungen bestimmen, und die sozialen, ökonomischen und psychischen Prozesse, aus denen politische Macht in der modernen Gesellschaft hervorgeht, in denen sie sich zum Herrschaftssystem entfaltet und durch die sie zersetzt wird.«<sup>40</sup> Dieses Erkenntnisinteresse leitet Gurland nicht zuletzt aus der nationalsozialistischen Vergangenheit ab: »Under the impact of the last decades' cataclysmic events study of politics has become to a large extent an inquiry into the nature, the sources and the functions of power.«<sup>41</sup> Herrschaft in Massendemokratien verstecke sich im Gewande allgemeiner Interessen. Diesen Schleier gelte es zu zerreißen und die faktischen Machtverhältnisse offenzulegen: »Machtbildungsprozesse stehen auch in der Demokratie zunehmend im Zeichen der Anonymität der Verfügungsgewalt, der Undurchsichtigkeit der politischen Entscheidung und der Verschleierung der Macht.«<sup>42</sup> Politikwissenschaft im Sinne Gurlands ist der unruhige Blick nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen der politischen Macht.

#### IV

Zentrum von Gurlands unruhigem Blick waren in seinen vier Jahren am IfpW vor allem die politischen Parteien. Alle Arbeiten, auch wenn sie andere Themen behandelten, hatten die gleiche Erkennungsmelodie: den Nachweis und die Kritik an den restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik und die Sorge um den Bestand der Bonner Demokratie. Schon bei seiner Ankunft war sein Deutschland-Bild gezeichnet von dem Vorwurf an die Westalliierten, in allen wesentlichen Fragen des demokratischen Neuaufbaus versagt zu haben. Seine Kritik galt drei Aspekten: Die Entnazifizierungspolitik erklärte er für einen völligen Fehlschlag und nannte ihre faktischen Ergebnisse bitter »renazification«<sup>43</sup>. Zweitens hätten die Westmächte es unterlassen, die Macht der »bureaucratic caste« zu brechen. Sie sei deshalb so bedenklich, weil die deutsche Beamenschaft von der Reichsgründung an geradezu ein Bollwerk antidemokratischer Politik und ein Wegbereiter des Faschismus gewesen sei.<sup>44</sup> Drittens schließlich warf er den Besatzungsmächten vor, nichts dagegen unternommen zu haben, daß kapitalistische Monopole erneut in Schlüsselpositionen rücken konnten: »The political power of the big business – pro-Nazi, semi-Nazi, or profiting from the Nazis – rests on its close links to the Bizonal and Land Bureaucracies and the CDU party

machine.«<sup>45</sup> In düsteren Farben malte Gurland ein – dem heutigen Leser teilweise nur schwer nachvollziehbares, aber für einen erheblichen Teil der damaligen Linken ernsthaft befürchtetes – Schreckensbild der jungen Republik. Steigende Arbeitslosigkeit, sich verstärkende Wirtschaftskrise und ein Monopolkapital, das Vollbeschäftigungspolitik ablehnt. Auf dem so beschriebenen Boden sah Gurland bereits die nationalsozialistischen Kräfte wieder gedeihen. Alarmiert erstattete er der amerikanischen Leserschaft Meldung über Neonazismus und neuerlichen Antisemitismus.

Während seiner Jahre am IfpW nahm Gurland nichts von dieser Diagnose zurück. Die Restauration bis in ihre feinsten Verästelungen aufspüren und sie so öffentlicher Kritik aussetzen, darin sah er die politische Funktion des IfpW. Zu seinem ambitioniertesten Vorhaben avancierte eine Studie über die Gründungsgeschichte der CDU. Ursprünglich als Aufsatz für einen Sammelband des Instituts über die westdeutsche Parteienlandschaft vorgesehen, wuchs sein Manuskript rasch über den geplanten Rahmen hinaus. Endgültig fertiggestellt wurde es deshalb nicht, weil Gurland das IfpW zu diesem Zeitpunkt bereits im Zorn verlassen hatte. Das halbfertige Manuskript gelangte nicht allein wegen der unvorhergesehenen Ausweitung nicht zur Veröffentlichung innerhalb der Schriftenreihe des IfpW. Eine Institutskommission, bestehend aus Hans Reif, Hans Herzfeld und Gurlands ehemaligem Widersacher von der Gablentz lehnte die Publikation auch aus inhaltlichen und sprachlichen Gründen ab. Laut Herzfeld fehle der Studie das notwendige Bemühen um wissenschaftliche Objektivität, und von der Gablentz kritisierte, die Arbeit könne mit Erfolg nur als eine sozialdemokratische Propagandaarbeit veröffentlicht werden.<sup>46</sup> Erst fünfundzwanzig Jahre später wurde das umfangreiche Manuskript posthum von Dieter Emig ediert.<sup>47</sup>

Die Studie stellt die Gründungsgeschichte der CDU in sieben Abschnitten dar. In den drei ersten Kapiteln werden zunächst die Daten, Hintergründe und die Personalien der verschiedenen Unionsgründungen nach dem Krieg zusammengestellt; es folgt eine Darstellung der Parteiprogrammatik von den »Kölner Leitsätzen« bis zum »Hamburger Programm« von 1953; und schließlich untersucht Gurland die weltanschauliche Basis der Gründerkreise, wobei er sich schwerpunktmäßig mit der Strömung des »Christlichen Sozialismus« auseinandersetzt. In den nächsten drei Kapiteln, in denen er am prononciertesten selbst Partei ergreift, rekonstruiert Gurland die Auseinandersetzung um die erste Bonner Regierungsbildung sowie den Verlauf der Sozialisierungsgesetzgebung in den Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen. Detailliert versucht er nachzuweisen, daß und wie die Anhänger Konrad Adenauers schrittweise die Macht in der CDU übernahmen. In fünf Phasen glaubt Gurland einen Auflösungsprozeß des in den Gründerkreisen wirksamen Willens zur gesellschaftspolitischen Neuorientierung konstatieren zu können. Nach und nach sei die CDU von einem »Sozialismus in christlicher Verantwortung« zu einer Partei mit »restaurativem Hintergrund« (S. 417) degeneriert. Ihren Verzicht auf die Monopolkontrolle und

die Inthronisierung der Marktphilosophie seien die konsequenten Schlußpunkte in der Entwicklung zu einer großunternehmensorientierten politischen Kraft. Die zukünftige Entwicklung der CDU prognostiziert er mit besorgten Worten. Hinter der »charismatischen Autorität des Parteiführers« Adenauer sieht er in gefährlicher Weise wieder eine »hierarchische Massenbeeinflussung und Menschenführung« (S. 464) am Werk – mehr also als ein Vorgriff auf die spätere Sprachwendung von der sogenannten Kanzlerdemokratie.

Doch auch für seine eigene Partei, die SPD, fand er wenig löbliche Worte. Gurland hatte sofort nach Kriegsende wieder Kontakt zu seinen ehemaligen Parteifreunden aufgenommen, und ihm waren auch unterschiedliche Positionen innerhalb der SPD angeboten worden. Unter anderem war er 1947 als Sekretär des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher im Gespräch gewesen, doch seine Visaprobleme verhinderten diese Aussicht. Ein Jahr später wurde er als Herausgeber einer Theoriezeitschrift der SPD-Linken um Otto Brenner gehandelt; Brenner zufolge erschien Gurland besonders geeignet, »vom marxistischen Standpunkt aus Strategie und Taktik der Partei zu untermauern.«<sup>48</sup> Im Berliner Landesverband beteiligte sich Gurland vor allem an der Theoriediskussion, die in den fünfziger Jahren im Sozialistischen Forum, einer regelmäßigen Veranstaltungsreihe, geführt wurde. Thema seiner Vorträge waren insbesondere Fragen des Marxismus. Wie vor dem Krieg zählte Gurland wieder zu den Verfechtern eines linken, gleichwohl strikt antikommunistischen Parteikurses. Gurlands linkssozialistische Position fand zwar Resonanz bei der sozialdemokratischen Parteiführung in Berlin, hatte aber keinen Einfluß auf die »rechte« Fraktionsmehrheit um Ernst Reuter, Otto Suhr und Willy Brandt. Was also blieb Gurland, wenn nicht die Kritik von der Wissenschaft her?

Schon in Gurlands CDU-Studie finden sich einige Seitenhiebe gegen seine Partei. So hielt er ihr beispielsweise vor, Adenauers Sieg bei der Sozialisationsgesetzgebung zu einem großen Teil mitverschuldet zu haben. »Im Grunde«, so sein Vorwurf, »wußte die SPD nicht, was sie mit der Kohlewirtschaft anfangen sollte; und wäre ihr die beste Sozialisierung mühelos in den Schoß gefallen, hätte sie es auch noch nicht gewußt: sie hatte keine produktionspolitischen, keine technologischen und keine wirtschaftsgeographischen Zielsetzungen« (S.325). Zwei Jahre zuvor hatte er sich den Berliner Landesverband vorgenommen. Der erste Band der Schriftenreihe des IfpW, *Wahlkampf und Machtverschiebung*, war eine ausgiebige empirische Analyse der in den Westsektoren Berlins durchgeführten Wahl vom Dezember 1950.<sup>49</sup> Die Studie war in der Bundesrepublik die erste ihrer Art. Formell wurde die Forschungsgruppe von Stephanie Münke geleitet, doch Gurland griff in seiner Eigenschaft als Redaktionsleiter und Institutsleiter immer wieder in den Text des Manuskripts ein. Teilweise schrieb er ganze Kapitel neu. Für den Abschnitt über die SPD übernahm er im Vorwort ausdrücklich selbst die inhaltliche Verantwortung. Die erdrutschartigen Verluste der Partei von 64 % auf 45 % erklärte er damit, daß die SPD es

versäumt habe, in die politische Offensive zu gehen. Als Partei des sozialistischen Neuaufbaus habe sie versagt: »Es gelang ihr nicht, ein konkretes Bild vom sozialistischen Neubau der Gesellschaft und eine klare Vorstellung von den Wirkungsmöglichkeiten einer Massenpartei in einer demokratischen Ordnung zu gewinnen. Liberale achtundvierziger Ideen verbanden sich mit unklaren Planwirtschaftsvorstellungen, in denen die geistig noch nicht bewältigte zwangs- und kriegswirtschaftliche Praxis der totalitären Regime Spuren hinterlassen hatte« (S. 23). Die tiefere Ursache dieses Versagens sah er in der sozialen Struktur der Berliner SPD. Zu den Wahlen habe sie nicht als Arbeiterpartei, sondern als »Partei des Verwaltungsapparates« (S. 28) kandidiert. Entsprechend bürokratisiert sei auch die Partei selbst. Ihre Strukturen verhinderten eine demokratische innerparteiliche Willens- und Meinungsbildung und leisteten der Teilnahmslosigkeit an der Parteibasis Vorschub.

Der streitbare Gurland wußte, worauf er sich mit seiner Kritik einließ. Die Politologie in Berlin war trotz aller überparteilichen Rhetorik eng verwoben mit der sozialdemokratischen Partei. Wenn er wegen seiner Kritik auch nicht direkte Konsequenzen zu erwarten hatte, machten einflußreiche Parteimitglieder wie der Direktor der DHfP, Otto Suhr, bei den Auseinandersetzungen um die Person Gurlands fortan keine Anstalten mehr, ihre schützende Hand über ihn zu legen.

## V

Eine solche Unterstützung hätte Gurland dringend brauchen können, denn die Schwierigkeiten am IfpW wuchsen ihm bald über den Kopf. Die einzige Forschungsgruppe, die zügig und ohne große Probleme vorankam, war die von Bracher. Seine in der kurzen Zeit von nur vier Jahren fertiggestellte Studie *Die Auflösung der Weimarer Republik* war es, die das wissenschaftliche Renommee des IfpW in den fünfziger Jahren begründete. Weniger gut kam die Arbeit in den anderen Abteilungen voran. Dies lag nicht zuletzt an Gurlands mangelndem Fingerspitzengefühl bei der Anleitung seiner Mitarbeiter. Auch sein persönlicher Arbeitsstil konfliktierte mit seiner geregelten Leitungstätigkeit. Er arbeitete zumeist nachts und erschien manchmal erst am frühen Nachmittag am Institut. Schwierigkeiten hatte er nach jahrelangem Alleinarbeiten im Exil auch damit, Aufträge zu delegieren. Sicherheits halber prüfte er viele Angaben seiner Mitarbeiter selbst noch einmal nach oder schrieb ganze <sup>50</sup>Texte neu. Angekündigte Abgabetermine hielt er grundsätzlich nicht ein, manchmal nur deshalb, um einige Tabellen noch ein drittes Mal nachzurechnen. Die Fertigstellung seines erwähnten Literaturberichts für die Library of Congress verzögerte sich mehrfach. War endlich der Mai 1952 als Limit für die Drucklegung anvisiert, verschob Gurland die Abgabe so häufig, bis der verärgerte Suhr den Abgabetermin schließlich von sich aus diktierte. Eine Neubearbeitung des Textes für das deutschsprachige Publikum sollte 1953 erscheinen, ist aber nie fertiggestellt worden. Das

gleiche Schicksal erlitt eine fast fertige Gewerkschaftsstudie und das begonnene Projekt »Ostzone«. Die groß angekündigte Darstellung der amerikanischen Politikwissenschaft fand sich zurechtgestutzt zu einem Aufsatz über Wahlanalysen. Auch organisatorisch faßte das Institut unter Gurlands Ägide nicht so recht Tritt. In den Protokollen der Institutsleitung der Jahre 1950 bis 1954 finden sich mindestens zehn Umstrukturierungsvorschläge, denn Gurland hatte immer noch den Plan, das IfpW zu einem Ort der kontinuierlichen und umfassenden Politikbeobachtung zu machen. Und nicht zuletzt warf die Übergabe der Finanzierung der Institutsarbeit von amerikanischen Stellen auf deutsche Träger so große Schwierigkeiten auf, daß sich das IfpW einige Male vor der Schließung sah.

In dieser Situation begann die Stimmung gegen Gurland Ende 1953 umzuschlagen und seine allmähliche Demontage setzte ein. Nicht ganz zu Unrecht vermutete er später Otto Suhr als eine der treibenden Kräfte seiner Ablösung. Aber auch Ernst Fraenkel, Otto Stammer und Franz L. Neumann wollten ihn schließlich nicht mehr als Institutsleiter halten. Angesichts der Kritik wurde er zusehends unglücklicher: »I can only repeat that I am definitely nearing the point of quitting«, schrieb er an Neumann in die USA, »if I had a job waiting for me in the States, I probably would quit at once.«<sup>50</sup> Doch auch Neumann konnte und wollte Gurland den Rücken nicht länger freihalten. Ein Krisenplan sah vor, Neumann selbst, der aus privaten Gründen dabei war, nach Deutschland überzusiedeln, die Institutsleitung anzuvertrauen, um ihn die angefangenen Forschungsvorhaben gezielt zu Ende führen zu lassen und Gurland in der empirischen Forschung weiterzubeschäftigen. Doch Neumanns tragischer Tod bei einem Verkehrsunfall im September 1954 zerschlug diesen Plan, so daß Otto Stammer als Ersatz ausgewählt wurde. Dieser hatte ein erheblich besseres Verhältnis zu Gurland als von der Gablentz, denn beide waren seit ihren gemeinsamen Studienjahren in Leipzig und der politischen Arbeit am linken Flügel der SPD miteinander befreundet. Stammer schlug vor, Gurland mit einem Forschungsauftrag über methodologische Probleme der Politikwissenschaft abzusichern, und wollte ihm dafür sogar eine eigene Abteilung des IfpW überlassen. Doch dieser wollte sich mit einer solchen Lösung nicht abfinden. Bis zum Spätsommer 1954 zogen sich die nun folgenden arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen hin. Wissenschaftliches ›Opfer‹ der Auseinandersetzungen war Gurlands voluminöse CDU-Studie. Das IfpW entzog ihm – ohne zu diesem Zeitpunkt seine vernichtende Kritik an der CDU zu kennen – die Sekretärin, so daß er die mittlerweile siebenhundert Seiten Manuskript mühsam selbst abtippte. Nach der rechtsgültigen Kündigung zum 31. Oktober 1954 buchte Gurland eine Schiffspassage in die USA und kehrte Deutschland verbittert den Rücken.

## VI

Für Gurlands Abschied aus Berlin waren im Grunde keine politischen, sondern persönliche Motive ausschlaggebend. Es wäre sicher verfehlt, seine Kündigung als Aussperrung eines nicht genehmen wissenschaftlichen und politischen Ansatzes bewerten zu wollen. Gurlands ständig wechselnden Pläne und Planänderungen mußten das Klima in dem noch jungen und auf schnelle Profilierung angewiesenen Forschungsinstitut zwangsläufig belasten. Vergeblich versuchte er nach seinem Abschied vom IfpW zunächst wieder am ebenfalls aus der Emigration zurückgekehrten Horkheimer-Institut unterzukommen.<sup>51</sup> Als dies nicht klappte, suchte er in den USA nach einer längerfristigen wissenschaftlichen Anstellung. Vom IfpW erhielt er die Erlaubnis, die dort angefertigte CDU-Studie unter der Bedingung zu publizieren, daß sie nicht als Arbeit des Instituts erscheine. Gurland setzte in den nächsten Jahren von den USA aus seine Parteiforschungen fort und konzentrierte sich auf die personellen Verflechtungen zwischen Parteien und Interessengruppen. Da er auch in den USA keine angemessene Anstellung fand, sah er für sich, wie er Max Horkheimer schrieb, »wirklich keinen anderen Ausweg mehr, als mich in deutschen Gefilden akademisch verbeamten zu lassen«<sup>52</sup>. Zwar war er 1957 kurz im Gespräch für eine Professur für Soziologie in Marburg, doch seine erneute Rückkehr dauerte bis 1962, als er auf den Lehrstuhl II für Wissenschaftliche Politik an der Technischen Hochschule Darmstadt berufen wurde.

Er arbeitete vor allem an Übersetzungen, wie beispielsweise Otto Kirchheimers *Politische Justiz* oder *Revolution und Krieg in Spanien* von Broué und Témime. Noch einmal rückte er mit einem Referat über die sozioökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik in den Blickpunkt des Interesses gegen Ende der sechziger Jahre auf dem berühmten 16. Deutschen Soziologentag. Unverändert hielt er hier am Gebrauch Marxscher ökonomischer Kategorien und der Kapitalismuskritik fest.<sup>53</sup> Bis zuletzt enttäuscht von der Entwicklung der bundesrepublikanischen Demokratie starb er am 27. März 1979 in Darmstadt.

Gurlands wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung im Kontext der bundesdeutschen Politikwissenschaft besteht darin, daß er inhaltlich wie konzeptionell in seinen Berliner Jahren Positionen vertrat, deren Radikalität das bisher bekannte Spektrum der Nachkriegspolitologie nicht unerheblich erweiterte. Teilweise erscheinen sie wie ein Vorgriff auf den Stand der Disziplin Ende der sechziger Jahre. Dies gilt gleichermaßen für den inhaltlichen wie den konzeptionellen Bereich: Mit seiner aus dem amerikanischen Exil mitgebrachten Orientierung stand er außerhalb seiner mehrheitlich um einen normativen Gemeinwohlbegriff gescharten Fachkollegen. Ein Ansatz wie seiner sollte – unter dem Etikett ›empirisch-analytisches Paradigma‹ – erst ab Mitte der sechziger Jahre zum erfolgreichen Durchbruch gelangen. Inhaltlich vertrat Gurland die Restaurationskritik in einer Schärfe, wie sonst kein anderer Fachvertreter der frühen fünfziger Jahre –



die Arbeiten von Abendroth und Kogon inbegriffen. Ähnliche Positionen sollten in der westdeutschen Politologie ebenfalls erst wieder ab Ende der sechziger Jahre – unter dem Etikett ›dialektisch-kritisches Paradigma‹ – stärker verfochten werden. Wirkungsgeschichtlich haben Gurlands vier Jahre am IfpW trotz ihres unglücklichen Ausgangs dennoch Spuren hinterlassen. Nicht von der Gablentz' normativer Ansatz dominierte fortan am Institut, sondern – zum Leidwesen anderer Berliner Politikwissenschaftler wie insbesondere Ernst Fraenkel – Otto Stammers Politische Soziologie. Sie bestand aus einer Mischung von Max Webers und Hermann Hellers Staatssoziologie, aus Austromarxismus und der durch Gurland vermittelten amerikanischen Politischen Soziologie.<sup>54</sup>

1 Zu den biographischen Angaben vgl.: H. Dahmer / D. Emig: »A.R.L. Gurland, ein Nachruf«. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 15 (1979), S. 188/189; Jürgen Seifert: »Nachruf Gurland«. In: *Politische Vierteljahresschrift* 19 (1979), S. 339–400; Gurlands Weimarer Zeit wird ausführlicher geschildert bei D. Emig / R. Zimmermann: »Arcadij Gurland«, in: P. Lösche / M. Scholing / F. Walter (Hg.): *Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten*. Berlin 1988, S. 44–59. Weitere Angaben stammen, soweit sie nicht ausgewiesen sind, aus Gesprächen mit Ossip K. Flechtheim, Leo Löwenthal, Jürgen Fijalkowski, Hertha Zerna und Albrecht Schultz. Einige der angeführten Texte sind jetzt veröffentlicht in: A.R.L. Gurland: *Sozialdemokratische Kampfpositionen 1925–53*. Hg. von Dieter Emig und Hubertus Buchstein. Baden-Baden 1991. – 2 A.R.L. Gurland: *Der proletarische Klassenkampf in der Gegenwart*. Leipzig 1925. – 3 Elfriede Üner: »Jugendbewegung und Soziologie«. In: M. Rainer Lepsius (Hg.): *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–45*. Opladen 1981, S. 156. – 4 A.R.L. Gurland: *Marxismus als Diktatur*. Leipzig 1930. – 5 Ebd., S. 32–46. – 6 A.R.L. Gurland: *Das Heute der proletarischen Aktion. Hemmnisse und Wandlungen im Klassenkampf*. Leipzig 1930. – 7 A.R.L. Gurland (Pseudonym Vexator): »Ist der Apparat tot, lebt die Bewegung?« Artikelentwurf für die *Zeitschrift für Sozialismus* 1934. Nachlaß Gurland (im Privatbesitz von D. Emig, Darmstadt). – 8 Antrag A.R.L. Gurland an die American Guild for German Cultural Freedom vom 5. Mai 1938. Deutsche Bibliothek Frankfurt, Deutsches Exilarchiv 1933–45, EBF 70/117. – 9 Walter F. Peterson: *The Liberal Press in Exile*. Tübingen 1987, S. 242. – 10 Jochen-Christoph Kaiser: »Max Sievers in der Emigration 1933–44«. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 16 (1981), S. 33–57. – 11 Die Beiträge der institutsinternen Kontroverse sind zusammengestellt und kommentiert herausgegeben worden von Helmut Dubiel und Alfons Söllner: *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus*. Frankfurt/M. 1984. – 12 A.R.L. Gurland: »Technological Trends and Economic Structure under National Socialism«. In: *Studies in Philosophy and Social Science* 9 (1941), S. 226 ff. – 13 A.R.L. Gurland / O. Kirchheimer / F.L. Neumann: *The Fate of Small Business in Nazi Germany*. Washington D.C. 1943. – 14 Franz L. Neumann: *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*. New York 1942. – 15 Vgl. dazu die Ausführungen in: Rolf Wiggershaus: *Die Frankfurter Schule*. München 1986, S. 390–423. – 16 Vgl. Barry M. Katz: »The Criticism of Arms – The Frankfurt School goes to War«. In: *Journal of Modern History* 59 (1987), S. 439–478. – 17 Vgl. Gurlands Artikel im *Handbook of Labor Conditions in Western Germany*. US Department of Labor. Washington D.C. 1949. – 18 Brief C.B. Garnett Jr. an Eric T. Clarce vom 3. November 1948. Landesarchiv Berlin, Bestand OMGBS, 4/11–2/9, Fiche 1. – 19 Brief Gurland an H.W. Johnston vom 23. Dezember 1948.

Landesarchiv Berlin, Bestand OMGBS, 4/10–3/11, Fiche 1. – 20 Protokoll der Sitzung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der FU vom 7. Januar 1949. Hochschularchiv FU Berlin, Protokolle der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. – 21 Zu Neumanns Aktivitäten bei der Gründung der FU vgl. James F. Tent: *A Political History of the Free University Berlin*. New York 1988. – 22 Zu Neumanns Aktivitäten bei der Gründung des IfpW vgl. Hubertus Buchstein / Gerhard Göhler: *Die Wiederbegründung der Berliner Politikwissenschaft nach 1945*. (Erscheint 1991). – 23 Franz L. Neumann, Preliminary Report on my Trip to Berlin vom 10. Februar 1950. National Archives Washington D.C., Record No. 260, 300–115, Visiting Experts, Report Files. – 24 Brief Gurlands an Kurt Schumacher am 20. Januar 1949. Nachlaß Gurland. – 25 Otto Heinrich von der Gablentz: *Über Marx hinaus!* Berlin 1946. – 26 A.R.L. Gurland: *Zur Planung der Aufgaben und Arbeitsbereiche des IfpW*. MS., 16 Seiten vom 20. Dezember 1950. FU Berlin, Otto-Suhr-Institut, Institutsakten, Akte IfpW (1). – 27 Otto Heinrich von der Gablentz: *Rede auf der Gründungsfeier des IfpW*. MS., 21 Seiten. FU Berlin, Otto-Suhr-Institut, Institutsakten, Akte Gastvorlesungen (2). – 28 So Neumann gegenüber dem FU-Rektor Redtlob. – 29 Brief von der Gablentz an Edwin Redtlob vom 2. Juni 1951. FU Berlin, Otto-Suhr-Institut, Institutsakten, Akte IfpW (1). – 30 Brief Gurland an Otto Kirchheimer vom 27. Juni 1951. Nachlaß Otto Kirchheimer, State University of New York at Albany (Leihgabe von Claus-Dieter Krohn). – 31 Brief Neumann an Ernst Fraenkel vom 7. Juni 1951. Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Fraenkel. – 32 A.R.L. Gurland: *IfpW – Organization and Research Program*. Hektographiertes MS., 32 Seiten. FU Berlin, Otto-Suhr-Institut, Archiv und Dokumentation, Sigel ID 1.6. (12). – 33 Brief Gurland an T.W. Adorno vom 3.12.1951. FU Berlin, ZI 6, Institutsarchiv, Akte Briefwechsel Gurland (1). – 34 A.R.L. Gurland: *Political Science in Western Germany. Thoughts and Writings 1950–52*. Washington D.C. 1952. – 35 A.R.L. Gurland: »Amerikanische Wahlanalysen«. In: Ders. (Hg.): *Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik*. Berlin 1952, S. 188–201. – 36 A.R.L. Gurland: *Empirische Wissenschaft von der Politik: Forschung und Lehre*. MS., 6 Seiten. Nachlaß Gurland. – 37 A.R.L. Gurland: »Politische Wirklichkeit und Politische Wissenschaft«. In: *Faktoren der Machtbildung* (wie Anm. 35), S. 9–38. – 38 Gurland: *IfpW – Organization and Research Program* (wie Anm. 34), S. 1. – 39 Gurland: »Politische Wirklichkeit« (wie Anm. 37), S. 35. – 40 Ebd., S. 25 f. – 41 Gurland: *Political Science* (wie Anm. 34), S. 2. – 42 A.R.L. Gurland: »Die Parteien als Forschungsobjekt«. In: Interner Rundbrief Nr. 2 der DVPW. FU Berlin, Otto-Suhr-Institut, Archiv und Dokumentation. DVPW-Archiv, Rundbriefe. – 43 A.R.L. Gurland: *Between Reaction and Democracy – Western Germany after five years under occupation rule*. MS., 50 Seiten, Nachlaß Gurland. – 44 A.R.L. Gurland: *Bureaucratic Trends in German Society*. OMGUS Special Report No. 4. Privatsammlung Hubertus Buchstein. – 45 A.R.L. Gurland: »Why Democracy is losing in Germany«. In: *Commentary* 10 (1949), S. 234. – 46 Vorstandsprotokoll IfpW vom 20. Januar 1955. FU Berlin, ZI 6, Institutsarchiv, Akte Vorstandsprotokolle. – 47 A.R.L. Gurland: *Die CDU/CSU – Ursprünge und Entwicklung bis 1953*. Frankfurt/M. 1980. – 48 Vgl. Helga Grebing (Hg.): *Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–48*. München 1984, S. 98 ff. – 49 Stephanie Münke: *Wahlkampf und Machtverschiebung. Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950*. Berlin 1952. – 50 Brief Gurland an Neumann vom 31. März 1953. FU Berlin, ZI 6, Institutsarchiv, Akte Ford Foundation (II). – 51 Brief Gurland an Max Horkheimer vom 1. Dezember 1954. Frankfurter Stadt- und Universitätsbibliothek. Nachlaß Max Horkheimer, V 92/4–5. – 52 Brief Gurland an Max Horkheimer vom 12. November 1957, ebd., V 92/1d-i. – 53 A.R.L. Gurland: »Zur Theorie der sozioökonomischen Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft«. In: Theodor W. Adorno (Hg.): *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft*. Stuttgart 1969, S. 48–66. – 54 Zu Stammers Konzeption vgl. Rolf Ebbinghaus: *Politische Soziologie – Zur Geschichte und Ortsbestimmung*. Opladen 1981.